

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Reinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Seimbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 60 Pfg.
Werbungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Auf zur Agitation!

Eine Mahnung an unsere Mitglieder müssen wir immer wiederholen: Vergesse nicht die Agitation, agitiere immer und überall für den Verband! Diese Mahnung ist gerade jetzt am Platze, wo der Winter beginnt und mehr als in der günstigeren Jahreszeit Gelegenheit und Zeit zu Kleinarbeit und intensiver, planvoller Agitation gegeben ist. Zu dieser Mahnung liegt aber auch besondere Veranlassung vor infolge der Situation, in der sich zurzeit der Holzarbeiterverband befindet, und infolge der Mitgliederentwicklung unserer Organisation in den ersten 10 Monaten dieses Jahres.

Wir haben schon im letzten Sommer auf die durchaus unzureichenden Fortschritte des Deutschen Holzarbeiterverbandes hingewiesen; seitdem haben sich die Verhältnisse nun keineswegs günstiger gestaltet. Im Gegenteil, der Verband hat auch in den letzten Monaten, soweit eine Übersicht möglich ist, Mitgliederverluste erlitten, die durch den Zustrom dem Verband neu beitretender Kollegen lange nicht ganz gedeckt worden sind. Nach einer allerdings oberflächlichen Schätzung hat unsere Organisation in den ersten 10 Monaten des Jahres einen Rückgang in der Mitgliederzahl um mindestens 8000 erfahren. Im ersten Quartal 1907 betrug der Rückgang der Mitgliederzahl 496, im zweiten Quartal 1908, im ersten Halbjahr 1907 ist sie also um 2435 zurückgegangen. Und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Mitgliederrückgang auch im zweiten Halbjahr angehalten hat. Und das in einer Zeit der lebhaftesten wirtschaftlichen Bewegung, die uns anstatt eines Mitgliederverlustes eine enorme Steigerung unserer Mitgliederzahl hätte bringen müssen.

Es soll gern zugegeben werden, daß ein gutes Teil des Mitgliederverlustes auf Konto der Beitragserhöhung zu setzen ist. Viele Kollegen betrachten nun einmal den Verband nur als die milchende Kuh; man nutzt ihn nach Möglichkeit aus und wendet ihm strupellos den Rücken, wenn er in Zeiten der Gefahr nun auch Opferwilligkeit von ihnen fordert. Diesen Elementen bot der schwere Kampf im letzten Frühjahr, der große Anforderungen an alle Kollegen stellte, um unsere Sache gegen das Scharfmachertum zum Siege zu führen, die beste Gelegenheit zur Fahnenflucht. Und so mögen einige tausend Kollegen infolge der Erhebung von zum Teil enormen Extrabeiträgen dem Verband den Rücken gekehrt haben gleich Deserteurern, die im Angesicht des Feindes sich seitwärts in die Büsche schlagen und damit die Räder ihrer früheren Kampfgenossen empfindlich schwächen. Damit ist der Mitgliederrückgang aber doch nur zum Teil erklärt. Denn nicht alle Mitglieder, die dem Verband wieder verloren gingen, dürften aus den vorher geschilderten Ursachen fahnenflüchtig geworden sein, bei einem Teil dürften auch rein persönliche Gründe, mangelhaftes Interesse an der gewerkschaftlichen Bewegung überhaupt den Anlaß zum Austritt aus der Organisation, der sie nie mit Herz und Hand dienten, gegeben haben. Aber alle diese Mitgliederverluste, mögen ihre Ursachen wie immer geartet sein, deuten auf einen großen Mangel in unserer Organisations- und Agitationstätigkeit hin. Augen-scheinlich ist nicht alles getan worden, um diese Kollegen dauernd an die Organisation zu fesseln, sie zu überzeugen, opferwilligen, sie zu tüchtigen Verbandsmitgliedern zu machen. Kein Zweifel: Es hat an der nötigen Agitation gefehlt, um unsere große Organisation mit einem guten Geiste zu durchdringen, um die Mitglieder zu reger Mitarbeit im Verband anzuspornen und um die große Anzahl der indifferenten Kollegen in den Holzarbeiterverband hineinzuziehen: Erkennen wir das und machen wir das künftig besser!

Die Unternehmer haben es gut genug begriffen, daß gerade die jetzige Zeit am geeignetsten ist zur Werbung neuer Mitglieder und zur Stärkung ihrer Reihen. Bei jeder Gelegenheit gemahnen sie ihre Mitglieder zu regerer Agitation und spornen immer wieder zu neuer Werbearbeit an. Als Genosse Bebel kürzlich auf dem Parteitag in Offen zu größerer Einigkeit der verschiedenen Arbeitergruppen aufforderte unter speziellem Hinweis auf die Unternehmer, da wurde das gleich von der „Fachzeitung“ aufgegriffen und diente ihr zum Vorwand einer dringenden Mahnung an ihre Getreuen, in der

Agitation vermehrten Eifer zu entfalten. Bebel erklärte in Offen mit Recht: Die Unternehmerklasse habe ein viel schärferes Klassenbewußtsein, als leider noch die Arbeiterklasse, sonst wäre es nicht möglich, daß wir neben den freien Gewerkschaften auch noch christliche und Kirch-Dunkersche Gewerkschaften hätten. „Wem fällt es denn unter den Unternehmern ein, sich nach seiner politischen und religiösen Überzeugung zu organisieren. Ob liberal, ob konservativ, ob Heide, ob Jude, ob Christ, alles tritt in dieselbe Organisation ein, weil alle ganz genau wissen, daß nur bei völliger Geschlossenheit aller Klassengenossen etwas durchzusetzen ist.“ Dazu bemerkte die „Fachzeitung“: „Sollte diese Mahnung nicht auch für unsere Reihen gelten? ... Schwere Kämpfe sind durchgeföhrt, schwerere stehen sicherlich bevor. Da kann nur ein Mittel helfen, nur ein einziges Ausflucht auf ein erfolgreiches Ende bieten: — Bebel hat es gezeigt — alle ohne Unterschied in dieselbe Organisation und zu vollständiger Geschlossenheit! ... Vor allem aber: Hüten wir uns vor Eigenbrödelei und eigenwilligen Bestrebungen. Nichts ist schädlicher als dieses, mögen die Motive sein, wie sie wollen.“

Die Unternehmer haben diese Mahnung, die immer wieder an sie erging, beherzigt und sie arbeiten mit Aufbietung aller verfügbaren Kräfte, um sich eine starke Organisation zu schaffen. Alle Vorstandsmitglieder und Reisesekretäre des Arbeitgeber-Schutzverbandes von Herrn Rahardt und Mitsch bis zu Herrn Fobbe und Schwente reisen im Lande herum, agitieren und gründen neue Bezirksverbände, um den Unternehmerring fester zu schließen. So haben die Herren Rahardt und Mitsch in der zweiten Novemberwoche in Frankfurt a. M. und Worms, Herr Siebel in Solingen neue Bezirksverbände gegründet oder zu gründen versucht; und Herr Fobbe macht vom 18. November bis Mitte Dezember das Königreich Sachsen und Schlesien unsicher, um dort ebenfalls dem Arbeitgeber-Schutzverband die Wege zu ebnen. So rühren sich die Unternehmer — lassen wir uns von ihnen nicht überflügeln, tun wir es ihnen gleich, überbieten wir sie in der Agitation.

Wir haben schwere Kämpfe hinter uns, die an unsere Leistungsfähigkeit große Anforderungen stellten. Dank der Disziplin und Opferwilligkeit der großen Masse unserer Kollegen, und dank einer günstigen Wirtschaftslage ist es uns bisher geglückt in den meisten Fällen, auch den schwersten Kämpfen bei Schermanderung in der Holzindustrie niederzuringen, den Erfolg an unsere Fahne zu fesseln. Aber die schwersten Kämpfe stehen uns noch bevor. Denn die großen agitatorischen und organisatorischen Anstrengungen der Unternehmer deuten auf Sturm, lassen ihre Absicht erkennen, bald einen neuen großen Angriff auf die Organisation der Arbeiter, den Deutschen Holzarbeiterverband zu führen. Zu solchem Angriff reizt die Unternehmung die drohende Geschäftskrise, in der die Kampfsposition der Arbeiter sich naturgemäß verschlechtern muß. Wir müssen schlechte Gewerkschafter sein, wollten wir aus den Rüstungen der Unternehmer im Angesicht der Geschäftskrise nicht lernen, daß wir mit Aufbietung aller Kräfte an dem Ausbau und der Stärkung unseres Verbandes arbeiten müssen.

Es gilt gerade in den kommenden Wintermonaten, eifrig zu agitieren, zu arbeiten an der Durchbildung und Disziplinierung unserer Mitglieder wie an der Gewinnung der mehr als hunderttausend Kollegen, die unserem Verband jetzt noch fernstehen. Alle Kollegen müssen sich in den Diensten der Agitation für den Verband stellen. Überall, wo sie mit unorganisierten Kollegen zusammentreffen, müssen sie dieselben zum Beitritt in den Verband mahnen. Von dem Eifer, den unsere Kollegen in den nächsten Wochen und Monaten in der Agitation entfalten, wird es viel mit abhängen, ob es uns gelingt, eventuelle Anschläge der Scharfmacher abzuwehren und Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen auch in der ungünstigen Geschäftszeit.

Deshalb nochmals, Kollegen, agitiere alle eifrig für den Verband, werbe neue Mitglieder, erziehe alle Kollegen zu überzeugten Kämpfern, damit wir den Stürmen, die die Zukunft uns bringt, gewachsen sind.

Der katholische Gesellenverein.

Aus katholischen Gesellenvereinskreisen wird uns geschrieben: Auf dem „Deutschen Arbeiterkongress“ war auch der katholische Gesellenverein vertreten, denn auch wir „Söhne Kolpings“ zählen zur „christlich-sozialen Arbeiterbewegung“ — eine Ehre, die uns nicht allzu gering scheint, wenn wir sehen, was alles, um die berühmte Million „christlich und national denkender Arbeiter“ vollzumachen, hier zusammengebracht worden ist. In Berlin hat man nun viel geredet von der „vollberechtigten Eingliederung des Arbeiterstandes in die Gesellschaft“; man hat uns erzählt, daß der Arbeiter mündig geworden, daß er in stande sei, bei der Gestaltung seiner Lage ein bestimmendes Wort mitzusprechen. Das alles hörte sich wunderschön an, aber einem katholischen Gesellenvereiner muß dabei eigen zumute sein. In unserer Organisation besteht vor wie nach das patriarchalische System, wie es Vater Kolping, der Mann der fünfziger und sechziger Jahre, seinerzeit für angemessen erachtete. In unserem Verein gebietet der Präses und der Schutzvorstand. Der Präses muß ein Geistlicher und vom Bischof bestätigt sein, wir haben auf seine Wahl gar keinen Einfluß; der Schutzvorstand, der sich durch Zuwahl selber ergänzt, verwaltet unsere Häuser und unser Vermögen; er besteht aus angesehenen Männern der katholischen Bürgerschaft und soll darüber wachen, daß die Tendenz unseres Vereins immer gewahrt bleibe — kurz: wir werden von Leuten regiert, revidiert und kontrolliert, die völlig außerhalb unseres Kreises stehen, wobei hier nichts gesagt sein soll gegen den guten Willen und die Fähigkeiten der meisten unserer Präsidien, die aber auch wieder abhängig sind von den geistlichen Oberen und den hochmögenden Gönnern unseres Vereins. Wenn es richtig ist, was Herr Giesberts jüngst einmal sagte, daß unser Herrgott der größte Demokrat sei, dann ist es ebenso richtig, daß der Herrgott mit unseren Gesellenvereinen schon längst nichts mehr zu tun hat, denn wir sind in allem das Gegenteil von Demokratie.

So ganz ist der Gesellenverein ja von den neueren Strömungen in der Arbeiterbewegung nicht verschont geblieben. Die Berufsorganisation hat auch hier ihre Rechte gefordert. Der Geselle wollte nicht mehr daran glauben, daß er im „ehrbaren Handwerk“ so gut aufgehoben sei, daß die schühende Hand des Meisters liebevoll auf ihm ruhe, bis er dereinst selber Meister werde. Wir mußten bei einem Vergleich zwischen der Lage des Industriearbeiters und des Handwerksgehilfen merken, daß wir nicht diejenigen sind, die sich bezüglich Lohn, Arbeitszeit und Behandlung besser stellen. Notgedrungen, weil wir Mitglieder Krach schlugen, hat man uns das Recht der beruflichen Organisation im Anschluß an die christlichen Gewerkschaften gestatten müssen. Die Gönner unseres Vereins, die Meister, die ihm als außerordentliche Mitglieder noch angehören, die geistlichen Leiter bis auf wenige Ausnahmen — sie haben, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß wir, bei allem Verzicht auf das Selbstverwaltungsrecht in unserem Verein, uns das Koalitionsrecht wenigstens nicht nehmen lassen wollen. So haben sich denn auf verschiedenen Diözesankonferenzen die Präsidien mit der Stellung des Gesellenvereins zu Gewerkschaft beschäftigt müssen. Gingehend ist die Frage auf der vorletzten Generalversammlung der Präsidien zu Mainz im Jahre 1902 behandelt worden. Präses Schweikert (Stuttgart) hat dort einen eingehenden Vortrag über das Thema „Gesellenverein und Gewerkschaft“ gehalten. Seine Ausführungen sind interessant genug, daß es sich lohnt, einen Teil daraus wiederzugeben. Im wesentlichen heißt es:

Der Gesellenverein als religiös-sittliches Institut suche seine Mitglieder mit christlichem Geiste zu erfüllen und fordere von ihnen die Erfüllung der religiösen Pflichten. Dem werde auch ein im Geiste des Christentums erzogener Mann nachkommen. Aber ein junger Geselle, der in religiöser und sittlicher Hinsicht noch einer Erziehung bedürftig sei, werde immer zu leicht auf den Gedanken kommen: „Ich bin jetzt christlich organisiert, und das ist die Hauptsache, alles andere kommt erst in zweiter Linie in Betracht!“ — eine Schlußfolgerung, die von vielen Gesellen schon gezogen sei. „Man überschätzt in der Gewerkschaftspropaganda und in den Gewerkschaftsversammlungen vielfach das Materielle und damit auch den Wert der wirtschaftlichen Organisationen. ... Dieser einseitigen Stellung gegenüber vertreten wir die im Naturrecht begründete Auffassung, daß die konfessionellen Vereine höher stehen und darum notwendiger sind als reine wirtschaftliche Organisationen, und zwar deshalb,

Mit der vorliegenden Arbeit dürfte der schlüssige Beweis erbracht sein, daß der Deutsche Solgarbeiterverband den Konkurrenzorganisationen in jeder Beziehung weit überlegen ist.

Die hohe Erkrankungs Häufigkeit der Lehrlinge und jungen Gehilfen.

II. (Schluß.)

Dr. Prinzling erklärt aus der Statistik, daß von den häufig vorkommenden Erkrankungen, die angeführt seien, die bei den Lehrlingen mit höheren Zahlen als bei der Gesamtzahl der Gehilfen vertreten sind.

Table with 2 columns: Krankheit, Anzahl Lehrlinge, Anzahl Gehilfen. Includes Scharlach (8/3), Masern (7/3), Blutarmut (32/32), Lungentzündung (39/33), Augenkrankheiten (68/66), Bindehautentzündung (14/10), Krankheiten der Nase und des Rchlropfes (49/30), Krätze (62/30), Wunden (150/147).

In Frankfurt und Wien sind demnach ungefähr dieselben Krankheiten bei den jungen Arbeitern häufiger, zugleich bestätigen die statistischen Angaben das, was oben über die Ursache der hohen Morbidität der Lehrlinge und jungen Gehilfen gesagt wurde.

Die Berufswahl hält der Verfasser mit Recht für eine sehr wichtige Frage. Er läßt diese Frage aber doch offen, wenn er auch erklärt: „Von großer Wichtigkeit ist es, daß die Eltern für ihre Söhne solche Berufe auswählen, zu denen ihre Körperkräfte ausreichen.“

Prinzling meint ferner, daß die Schwierigkeiten wachsen, wenn der Junge nicht am Wohnort der Eltern in die Lehre gebracht werden kann. Es scheint auch, als ob dieser Art es bedauert, daß das Kost- und Logiswesen eingedämmt wird und schließlich bald ganz verschwindet.

„Säuglinge“ schon, während die natürliche Mutter aus Not die Brust dem fremden Kinde reichen muß, dessen Eltern sich diesen Luxus leisten können. So kommt es, daß oft gesunde Säuglinge durch diese schlechte Ernährung frühzeitig dahinstehen oder den Keim für spätere Krankheiten in sich aufnehmen müssen.

Auch von den „sittlichen Gefahren“, die den Jungen in den Städten drohen, jammert der Verfasser und meint, „durch Gründung von Lehrlings- und Jüngerlingshäusern kann dem am besten abgeholfen werden“.

Der Staat hat die Pflicht, der Ausübung der Lehrlinge und jungen Arbeiter durch deren Meister beziehungsweise Fabrikanten vorzubeugen. Die Ausübung kann entweder in überlanger Arbeitszeit bestehen oder darin, daß dem Lehrling ungesunde Arbeit zugemutet wird.

Die Tarifverträge.

XII.

Rechtszustand der Tarifverträge.

Wie das Koalitionsrecht minderes Recht der Arbeiter im Vergleich zum Rechtszustand der Unternehmer bedeutet, so ist auch der Tarifvertrag nicht bloß weniger geschützt wie der Miet-, der Kauf- und jeder sonstige Vertrag.

Nun über die Tarifverträge vor. Neben den Nationalökonomien, ja noch mehr als diese haben die Juristen den Tarifvertrag zum Ausgangspunkt eindringlicher, oft auch scharfzüngiger Untersuchungen gemacht.

Die rein juristische Auffassung der Tarifverträge ist freilich weder zu wünschen, noch vermag sie den Tarifverträgen gerecht zu werden. Die rechtliche Begliederung des Tarifvertragsbegriffs wird zu einem lückenlosen System des Tarifwesens nie und nimmermehr führen können.

Sehr beachtenswert sind die Gründe, die Professor Paul Dertmann für das lange Schweigen der Rechtswissenschaft über die Tarife anführt. Er sagt: „Der Tarifvertrag ist ebensowenig wie die ihm nahestehende Arbeitsordnung in seiner vollen Bedeutung mit den Mitteln unseres auf rein individualistischen Gedanken beruhenden Vertragssystems zu erfassen.“

In dem von der Abteilung für Arbeiterstatistik des Reichsstatistischen Amtes veröffentlichten Werke „Der Tarifvertrag im Deutschen Reiche“ heißt es: „Die Rechtswissenschaft steht nicht am Ende, sondern am Anfang dieser Aufgabe.“

In seinem Buche über den Tarifvertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Münchener Volkswirtschaftliche Studien, 76 Seiten) sagt Albert Häglin (Seite 278): In ganz überraschender Weise hat der Tarifvertrag in das gewerbliche Leben Eingang gefunden.

Der Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Singheim führt aus: „Einfach ist die Materie nicht. Das genügt eigentlich schon, um das zu rechtfertigen, was heute vielfach schon verlangt wird: eine gesetzliche Klarstellung dieser Rechtsfragen.“

1 Die Tarifverträge und die moderne Rechtswissenschaft. Eine rechtsvergleichende Untersuchung. Leipzig 1906. Seite 1 bis 7.

2 Zur Lehre vom Tarifvertrag. Wolffs Zeitschrift für Sozialwissenschaft. X. Jahrgang 1907. Seite 1.

3 Band I, Seite 73.

4 Zur volkswirtschaftlichen und rechtlichen Bedeutung der Tarifverträge. In J. A. Suffers Blättern für Rechtsanwendung. 72. Jahrgang 1907. Seite 181.

5 Beilage zu Nr. 1 des „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“. Verbandsrat des Bundes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Würzburg, 18. und 19. September 1905. Versammlungsbericht, Spalte 847.

6 Ein Hinweis auf die Rechtsprechung des Reichsgerichtes allein gibt hierfür Verantwortung.

sind die Hemmungen zu beseitigen, die heute noch der vollen Wirksamkeit des Tarifvertrags entgegenstehen.

Die Kommission des Berliner Gewerbegerichtsausschusses hat unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts-Schalhorn folgenden Vorschlag gemacht: Den Titel VII Abschnitt 1 der Gewerbeordnung dahin zu ergänzen: 1. daß auf Tarifgemeinschaften zwischen gewerblichen Unternehmern und Arbeitern § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung keine Anwendung findet;

Über die Notwendigkeit der juristischen Behandlung sagt Lotmar: Nunmehr ist aber auch seine juristische Behandlung zum Bedürfnis geworden. Denn seine immer zahlreicher werdenden Abschlüsse können nicht verfehlen, den Gerichten mehrere Gelegenheiten zur Beurteilung zu geben.

Ähnliche Erwägungen drängen sich auch anderen Bearbeitern dieses interessanten und doch noch fast völlig unbenutzten Rechtsgebietes auf. Die Unfähigkeit unserer Zeit zur Gesetzgebung, von der in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts der große Rechtslehrer Savigny sprach, erweist sich hier deutlich.

Wie wir aber zu der Frage kommen, wie die rechtliche Garantierung der Tarife beschaffen sein soll, so ist das ein sehr gefährliches Gebiet. Wir müssen fürchten, daß an die Anerkennung eines Tarifgesetzes gefährliche Vorbedingungen geknüpft werden, welche der uns feindlichen Staatsgewalt neue Rechte und neue Eingriffe in das Wirken der Gewerkschaften einräumen, die sehr bedenklich erscheinen.

Die Kommission des Berliner Gewerbegerichtsausschusses hat unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts-Schalhorn folgenden Vorschlag gemacht: Den Titel VII Abschnitt 1 der Gewerbeordnung dahin zu ergänzen: 1. daß auf Tarifgemeinschaften zwischen gewerblichen Unternehmern und Arbeitern § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung keine Anwendung findet;

1 A. a. O. Spalte 90. 2 Der Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reiches. Leipzig 1907. I. Band, Seite 766. 3 A. a. O. S. 769. 4 Der kollektive Arbeitsvertrag als Gegenstand der Gesetzgebung. Contrats-Vorbilder für Nationalökonomie und Statistik. September 1906.

machen will. Es ist bekannt, daß man in England mit diesem Mittel die ganze Tätigkeit der Gewerkschaften in Frage zu stellen suchte, und daß es eines vieljährigen, zähen, ungeheure Summen und Opfer kostenden Kampfes bedurfte, um diese Gefahren für die alten englischen, finanziell bedeutend widerstandsfähigeren und mit weniger einseitigen Richtern rechnenden Trades Unions abzuwenden.

„Die beiderseitigen Berufsverbände haften mit ihrem Vermögen für Vertragsverletzungen, die von einem der kontrahierenden Verbände selber oder von einzelnen Mitgliedern derselben begangen werden und vermögensrechtliche Nachteile für den anderen Verband oder für Mitglieder desselben zur Folge haben.“

Rühl, nüchtern und mit allem Mißtrauen gewappnet stehen wir diesen gesetzgeberischen Versuchen gegenüber. Wir haben in den gegenwärtigen Zeitläufen nicht emsig zu drängen auf eine gesetzliche Behandlung der Tarifmaterie. In dem nachfolgenden Artikel werden wir die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge und weitere juristische Fragen erörtern.

Soziales.

Die Parlamentstagungen

haben wieder begonnen. Sowohl der deutsche Reichstag wie die Landtage von Preußen, Bayern, Sachsen, Baden und einer Reihe weiterer Bundesstaaten haben ihre parlamentarischen Arbeiten wieder aufgenommen.

Nicht besser sind die parlamentarischen Aussichten im preussischen Landtag. Diese Körperschaft, die auf Grund eines der parlamentarischen Vertretung der Arbeiter ausschließenden Dreiklassenwahlrechtes zusammenberufen wird, hat sich von jeher durch ihre reaktionäre Gesetzgebungsarbeit unliebsam ausgezeichnet.

in Deutschland erst dann kommen, wenn es uns gelingt, der preussischen Reaktion durch Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes einen empfindlichen Schlag zu versetzen.

X. Nährwert und Preis der Nahrungsmittel stehen keineswegs immer in richtigem Verhältnis zu einander. Wer mit knappen Mitteln eine Familie satt zu machen hat, wird gut tun, folgendes zu beachten:

Der Einkauf von magerem Fleisch ist unvorteilhaft, selbst wenn dieses etwas billiger ist wie Fleisch von gemästeten Tieren. Denn mageres Fleisch enthält 70 bis 80 Prozent Wasser.

Table with 4 columns: Meat type, Fat %, Water %, Protein %. Rows include Rind-, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch in mager and fett categories.

Wenn das Geld also nicht langt zu einem ausreichenden Stück Fleisch guter Qualität — und leider ist das ja im Arbeiterhaushalt die Regel —, dann ist es immer noch vorteilhafter, ein kleineres Stück Fleisch von fettem, als ein größeres von magerem Vieh zu kaufen.

Was das nächstwichtigste Nahrungsmittel, das Brot anlangt, so beachte man die durch zahlreiche Versuche erklärte Tatsache, daß die in der Schale des Getreidekorns enthaltene Schale für den Menschen unverdaulich ist und empfindlichen Magen- und Darmstörungen beschwerlich macht.

Alle größeren Brotarten enthalten verhältnismäßig viel solcher Schalenrückstände (Kleie). Den Einfluß der Zusammenlegung des Brotes auf seine Verdaulichkeit illustriert nachfolgende Tabelle. Es waren verdaulich

Table with 4 columns: Bread type, Fat %, Protein %, Hydrates %. Rows include Weizenbrot, Graubrot, Roggenbrot, Rummibrot, Pumpernickel, Schwarzbrot, Weizen-Roggenbrot, Weizen-Roggenbrot mit Zusatz v. Magermilch.

„Die Zahlen beweisen,“ bemerkt Dr. Bremer dazu, „daß Brot aus feinen Mehlen für die Ernährung des Menschen weit dienlicher ist als gröberes Brot, welches niemals so hoch ausgenutzt werden kann.“

Noch ein Wort zu den flüssigen Nahrungsmitteln. Bier, Wein, Branntwein enthalten nur minimale Mengen von Nahrungsmitteln. Es sind Genussmittel, keine Nahrungsmittel. Das bische Nahrungsmittel in ihnen sehr teuer erkauft. Ganz das gleiche gilt für Kaffee und Tee.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Dezember: Bremen 25 Pf.,

Auf die in voriger Nummer veröffentlichte Bekanntmachung betreffend die Konferenz der Drecksler und Knopfmacher machen wir hierdurch nochmals aufmerksam.

Der Versand des Almanach für das Jahr 1908 hat in voriger Woche begonnen. Bis alle bestellten Sendungen expediert sind, vergehen jedoch mehrere Wochen, was wir zu beachten bitten. Der Preis des Almanach beträgt wie bisher für die Verbandsmitglieder 50 Pf. pro Exemplar.

Diejenigen Zahlstellenverwaltungen, welche mit ihren Be-

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet

- 39818 Heinrich Garberding, Tischler, geb. 23. 4. 80 zu Seiborn.

Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

Buzbach. Herr Kärnermeister Chr. Langbein hier läßt

Chemnitz. Am 14. November fand im Schützenhaus eine

Frankfurt a. M. (Vergolder.) Auf den Artikel unseres

Mitglieder schließt Kollegen Späthe ganz mit ein, denn

Hamburg. (Korbmacher.) Auf eine sonderbare Art

Leipzig. (Vergolder.) Eine öffentliche Versammlung

Reichenhall. Herr J. Heim teilt uns durch Postkarte

Kollegen sofort wieder entlassen wurden. Auch wurden eine

Leipzig. (Vergolder.) Eine öffentliche Versammlung

Mustau. Wie überall über den schlechten Versammlungs-

Stuttgart-Cannstatt. (Modellschreiner.) „Moderne und

aufrecht zu halten und wünschen, an dem internationalen Zusammenarbeiten den größten Anteil zu nehmen.

Der Terrorismus und der Christliche Holzarbeiterverband. Der christliche „Holzarbeiter“ verbreitet sich in einem Zeitartikel über den „Terrorismus“.

Weiläufig entspricht die Behauptung des christlichen „Holzarbeiters“ nicht den Tatsachen, daß wir nie unsere Kollegen über ihr Benehmen andersorganisierten gegenüber unterrichtet hätten.

Die „Eiche“ leitartikel in ihrer letzten Nummer über die Tatsache, daß es uns trotz der streng vertraulichen Behandlung der Gewerkeinsabrechnung gegliedert ist, in die Klassenverhältnisse des Gewerkeins Einblick zu gewinnen.

Rezept, alt gewordene Arbeiter fortzuekeln. Der Tischlergeselle A. Benz war beinahe 29 Jahre bei dem Tischler Siebel in Kostfeld in Arbeit.

Die rheinisch-westfälischen Tischlermeister waren am 10. November wieder einmal in Essen zu einem Tischlertag beisammen. Unter anderem wurde auch bezüglich des Kölner Gewerbegerichtsurteils in Sachen Durchschnittslohn eine Resolution angenommen.

Die Galero-Fabrik in Adorf im Vogtland, von der die Musikindustriellen eine recht nachteilige Konkurrenz befürchteten, die vogtländischen Musikinstrumentenarbeiter eine Verbesserung ihrer Lebenslage erhofften, hat nun schon das Zeitliche gesegnet.

Die Waggonfabriken sind, wie die „Kölnische Volkszeitung“ in ihrem Handelsteil schreibt, auch jetzt noch stark besetzt und bis weit ins nächste Jahr hinein mit lohnender Arbeit versehen.

Gothaer Waggonfabrik vorm. Frh. Rothmann & Gluck, Akt.-Ges. in Gotha. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1906/07 nach 137 448 (im Vorjahr 134 719) Markt Abschreibungen einschließlich 27 426 (0) M. Vortrag einen Reingewinn von 181 254 (148 989) M.

Gewerkschaftliches.

Die Unterstützungsausgaben im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der deutschen Arbeiterorganisationen sind je nach der Art der Organisation ziemlich verschieden.

Table with 4 columns: Art der Organisation, Freie Gewerkschaften, Kirch-Dunckerische, Christliche. Rows include Arbeitslosenunterstützung, Streikunterstützung, Gemeindefestkostenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung a. b. Reise, Umzugsunterstützung, Sonstige Unterstützungen, Summe der Unterstützungen, Gesamtausgaben.

1 Einschließlich Beihilfen in Not- und Sterbefällen. 2 Einschließlich Unterstützungen für Umzüge und Notfälle.

Bei den freien Gewerkschaften stellen demnach die Ausgaben für Unterstützungszwecke mit 61,6 Prozent einen weit größeren Teil der Gesamtausgaben dar als bei den Kirch-Dunckerischen (49 Prozent) und den Christlichen (54,1 Prozent).

Die erste Aufgabe der Gelben. In Augsburg findet demnach die Bewegung der Gelben statt. Die Gelben stellen ebenfalls ein Ziel auf. Sie wollen an die Unternehmer ersuchen die Gelben um Verteilung der gelben Stimmzettel an die Arbeiter.

Wir dürfen deshalb wohl auf Unterstützung sämtlicher Arbeitgeber rechnen. Können so etwas Arbeiter schreiben? Arbeiter mit gesundem Menschenverstand?

Technisches.

Neue Fachliteratur.

Das Gesamtgebiet der Vergoldererei nach den neuesten Fortschritten und Verbesserungen. Unter diesem Titel ist ein technisches Handbuch von Otto Renzsch in zweiter, verbesserter Auflage erschienen; 224 Seiten Umfang mit 75 Abbildungen.

Beim Vergolden, Versilbern und Bronzieren sowie dem Auftragen jeglicher Patina ist das richtige Grundieren die

bedeutendste Arbeit, deshalb ist auch überall gerade diese Tätigkeit auf das eingehendste behandelt worden. Die Herstellung von Zierleisten im Hand- und Maschinenbetrieb, wie sie besonders zu Bildern und Spiegelrahmen viel gebraucht werden, ist in einem besonderen Abschnitt behandelt worden.

Literarisches.

Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1908. Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes.

Der diesjährige Almanach, der in voriger Woche bereits zur Ausgabe gelangt ist, reißt sich würdig seinen acht Vorgängern an. Er enthält wieder des Wissenswerten für die tägliche Kleinarbeit, für die Agitation und Organisation in reicher Fülle.

Genriette Arendt, Menschen, die den Pfad verloren.

Stuttgart, Max Kiehlmann. 116 Seiten. Preis 2,50 Mk. Es ist ein erschütterndes Buch, das uns hier vorliegt. Die Stuttgarter Holzzeitschrift, Schwester Genriette Arendt, erzählt uns darin über „Menschen, die den Pfad verloren“.

Briefkasten.

* Die vorliegende Nummer mußte infolge ihres größeren Umfangs bereits am 25. November, nachmittags 5 Uhr abgeschlossen werden. Köln. S. In nächster Nummer.

Auf zum Wahlrechtskampf!

Das preussische Volk steht am Beginn eines Wahlrechtskampfes, der entscheiden soll, ob die arbeitende Klasse auch fernerhin politisch rechtlos bleiben soll oder nicht. Die Regierung hat ankündigen lassen, daß sie bereit sei, in eine preussische Wahlreform einzuwilligen, durch die das heutige „elendeste aller Wahlsysteme“ verbessert werden solle. Nun denkt aber die Regierung, wie ihr Sprachrohr, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, rundheraus erklärt hat, nicht an die Einführung des

Reichstagswahlrechts,

sondern nur an eine Flickreform, durch die einige der allerschreiendsten Ungerechtigkeiten des gegenwärtigen Systems gemildert werden sollen. Das neue Wahlrecht soll so beschaffen sein, daß die Masse des Volkes nach wie vor entrechtet bleibt. Der Mehrheit des Volkes soll eine winzige Scheinvertretung eingeräumt werden, dagegen soll der besitzenden Klasse, die nur die verschwindende Minderheit des Volkes bildet, erst recht für alle Zeiten die kolossale Mehrheit der Volksvertretung gesichert werden!

Sache der Entrechteten, Sache des Volkes ist es, diesen sauberen Plan zu durchkreuzen! Die Frage der Wahlreform ist aufgerollt — nun mögen die Nichtbesitzenden, die Proletarier, beweisen, daß sie für ihre heiligsten Menschenrechte ebenso zielbewußt und energisch einzutreten verstehen, wie die besitzende Klasse mit zähester Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit ihre politischen und wirtschaftlichen Vorrechte verteidigt!

Die Parole des ganzen Volkes der ehrlichen Arbeit muß sein:

**Heraus mit dem Reichstagswahlrecht!
Nieder mit jedem Klassenwahlrecht!**

Um was es sich handelt!

Das gegenwärtige Dreiklassenwahlrecht, das vor mehr als einem halben Jahrhundert durch den Staatsstreich an Stelle des durch die 48er Revolution bereits eroberten allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen gesetzt wurde, ist in jeder Beziehung ein Hohn auf eine wirkliche Volksvertretung. Zunächst werden die Wähler in drei Klassen geteilt, und zwar so, daß die reichsten Wähler, die ein Drittel der Gesamtsteuersumme eines Wahlbezirks aufbringen, die erste Klasse bilden. Die nächst wohlhabenden Wähler, auf die ein weiteres Drittel der Steuersumme entfällt, bilden die zweite Klasse; die Habenichtse endlich wählen in der dritten Klasse! Auf ganz Preußen berechnet, gehörten bei der letzten Landtagswahl von je 100 Wählern der ersten Klasse 3, der zweiten Klasse 12 und der dritten Klasse 85 Wähler an! Drei Wähler der ersten Klasse haben also ebensoviel Wahlrecht, wie 12 Wähler der zweiten Klasse und 85 Wähler der dritten Klasse! Und wenn sich die 15 Wähler der ersten und zweiten Klasse zusammenschließen, was selbstverständlich der Fall ist, so sind die 85 Wähler der dritten Klasse überstimmt, also völlig rechtlos!

Damit nicht genug! Das Wahlrecht ist obendrein ein indirektes — nicht die Wähler selbst wählen die Abgeordneten, sondern die von ihnen gewählten Wahlmänner. Zu alledem ist aber die Stimmabgabe keine geheime wie beim Reichstagswahlrecht, sondern eine öffentliche, so daß alle Abhängigen, von der Hungerpeitsche der Arbeitgeber bedrohten Proletarier, namentlich aber die Beamten, entweder gar nicht wählen können, oder nur so, wie es ihnen befohlen wird! Die Schönheiten des Wahlsystems werden noch vervollkommenet durch eine beispiellose Ungleichheit der Wahlkreise. Viele kleinen ländlichen Wahlkreise, die von dem Großgrundbesitz beherrscht werden, haben ebensoviel Wahlrecht, als die großstädtischen und industriellen Wahlkreise mit einer zehnfach so starken Bevölkerung!

Diesem geradezu ungeheuerlichen Wahlsystem entspricht denn auch die Zusammensetzung des preussischen Landtags. Im gegenwärtigen Landtag sitzen 114 höhere Beamte und Offiziere, 17 Geistliche, 44 Kaufleute, Industrielle und Gewerbetreibende, 32 Rentner und 161 Landwirte, darunter 111 Großgrundbesitzer, von denen nicht weniger als 38 frühere Offiziere sind!

Nur eine Klasse ist im Landtag völlig unvertreten: die Arbeiterklasse! Kein einziger Arbeiter sitzt im preussischen Geldsackparlament!

Zwar erhielt die sozialdemokratische Partei bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1903 nicht weniger als 314 149 Stimmen, aber sie erlangte infolge des skandalösen Wahlsystems kein einziges Mandat! Die Konservativen dagegen erhielten bei 324 147 Stimmen — also fast derselben Stimmengahl wie die Sozialdemokratie — 143 Abgeordnete! Die Freikonservativen, die nur 47 975 Stimmen aufgebracht hatten, also nicht den sechsten Teil der sozialdemokratischen Stimmen, erhielten 60 Mandate! Hinter diesen 60 freikonservativen Abgeordneten stand zwar nur eine Handvoll Wähler, aber diese Wähler waren schwer reich, sie hatten infolgedessen ein ganz anderes Gewicht als die Stimmen der Hungerleider von Arbeitern, die für die Sozialdemokratie abgegeben wurden.

Kein vernünftiger Mensch — der nicht selbst zu den Privilegierten gehört — kann ein solches Wahlrecht verteidigen. Es ist die höchste Zeit, daß es endlich hinweggefegt wird!

Aber an seine Stelle darf kein neues Klassen- und Geldsackwahlrecht treten, sondern nur das allgemeine, gleiche und direkte und geheime Wahlrecht!

Jedes andere Wahlrecht als das Reichstagswahlrecht bedeutet eine Aufrechterhaltung der schmachvollen Entrechtung des Volkes!

Denn die große Masse der preussischen Bevölkerung besteht aus Arbeitern, aus Nichtbesitzenden. Das beweisen die Zahlen der amtlichen Statistik. Nach der amtlichen Steuerstatistik für 1906 besaßen von den 37 Millionen der preussischen Gesamtbevölkerung 20 Millionen, also mehr als die Hälfte, ein Einkommen von weniger als 900 Mk. Hierzu kommen noch zirka 9 Millionen mit einem Einkommen von 900 bis 1500 Mk. Also fast 30 Millionen Preußen gehören der nichtbesitzenden Klasse an, der Arbeiterklasse oder den Schichten der Unterbeamten und Kleingewerbetreibenden, deren Lage genau so elend ist wie die der Arbeiter.

Wird nun aber ein neues Klassenwahlrecht eingeführt, so bleiben nach wie vor vier Fünftel des Volkes in ihrem Wahlrecht verkümmert, wo nicht ganz entrechtet! Denn dadurch, daß man die Vertreter dieser vier Fünftel von vornherein zur einflusslosen Minderheit im Landtag verurteilt, nimmt man ihrem Wahlrecht jede praktische Bedeutung!

Wollen sich das die Nichtbesitzenden gefallen lassen? Sind sie damit einverstanden, daß man sie für minder wertvolle Glieder des Staates erklärt, als das eine Fünftel mit einem Einkommen von mehr als 1500 Mk.!

Wohlan, die Stunde der Entscheidung ist da! Rührt euch, ihr Nichtbesitzenden, Entrechteten! Erkämpft euch euer Bürgerrecht, damit ihr die Gesetzgebung so gestalten könnt, wie es euer Interesse, euer und eurer Kinder Wohl erheischt!

Nehmt die besitzende Klasse zum Vorbild! Sie weiß, was sie sich und den Ihrigen schuldig ist. Sie führt den Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit!

Wie stellt sich der Freisinn zu den Volksrechten!

Der Freisinn behauptet, gleich der Sozialdemokratie für das Reichstagswahlrecht für Preußen kämpfen zu wollen.

Tut er das aber wirklich?

Nein: er „fordert“ zwar das allgemeine gleiche Wahlrecht, aber er will dafür nicht kämpfen! Und doch kann das Wahlrecht nur durch den rücksichtslosesten Kampf der Volksmassen errungen werden! Denn freiwillig gewähren die Regierung und die am Auserbehaltenen reaktionären Parteien, Konservative und Nationalliberale, nicht das Reichstagswahlrecht!

Einige freisinnige Abgeordnete haben denn auch rundheraus erklärt, daß der Freisinn unter keinen Umständen das Reichstagswahlrecht nicht nur fordern, sondern gemeinsam mit dem Volke erkämpfen müsse. Herr Naumann erklärte am 31. Juni d. J. im „Berliner Tageblatt“:

„Insbesondere dürfen wir Liberalen es nicht den Sozialdemokraten überlassen, sich als die eigentlichen Träger der Wahlrechtsbewegung hinzustellen. So natürlich und selbstverständlich es ist, daß die Sozialdemokratie, die heute im preussischen Landtag nicht vertreten ist, dort einen angemessenen und ihrer Kraft entsprechenden Platz zu gewinnen sucht, so klar ist es doch andererseits, daß es sich hier um gar nichts Sozialistisches handelt, sondern um etwas Liberales.“

Heute muß einfach gefordert werden: Das Reichstagswahlrecht für Preußen! Damit wird sehr spät wieder gut gemacht, was durch das Wahlgesetz von 1849 und durch die Verfassung von 1850 der Bevölkerung weggenommen wurde.“

Der Abgeordnete Friedrich Payer erklärte ebenfalls:

„Ich teile die Ansicht Naumanns, daß dabei kein Liberaler eine andere Forderung stellen kann, als die der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Diese Forderung wird auch, wenn sie einmal erfüllt ist, schließlich durchbringen. Der ausschlaggebende Faktor sind am Ende das politische Verständnis und die politische Energie des preussischen Volkes. Auf dieses mit aller Macht einzuwirken, scheint mir deshalb die nächste Aufgabe.“

Und der greise Senior der Fraktion der Freisinnigen Volkspartei, der Abgeordnete Albert Träger, schrieb am 20. August im „Berliner Tageblatt“:

„Gerade hinsichtlich der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen kann und darf der Freisinn keinen Schritt zurückweichen, auch nicht das geringste Zugeständnis machen. Alles oder nichts! lautet hier die Parole, denn jedes Weniger ist nichts.“

Danach könnte es scheinen, als ob der Freisinn tatsächlich entschlossen sei, den Kampf mit aller Energie zu führen und das Volk auf die Schanzen zu rufen.

Leider ist das nicht der Fall! Alle einflussreichen freisinnigen Blätter in Nord und Süd, in Ost und West haben sich gegen den Kampf ausgesprochen, so die

„Freisinnige Zeitung“, die „Vossische Zeitung“, die „Dresdener Zeitung“, die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“, die „Frankfurter Zeitung“, das „Hamburger Fremdenblatt“, die „Weser-Zeitung“ usw.!

Der **Parteitag der freisinnigen Volkspartei**, der vom 12. bis 15. September in Berlin stattfand, hat bewiesen, daß der Freisinn lieber auf das Reichstagswahlrecht verzichten, als mit der Blockpolitik brechen will. Der Parteitag hat offen erklärt, daß er mit jeder **Abzugszahlung zufrieden** ist, mag sie noch so kümmerlich ausfallen! Ja mehr noch: nicht einmal das geheime Stimmrecht mag der Freisinn zu fordern. Herr Theodor Barth hat vom Freisinn gefordert, daß er wenigstens der Regierung die Bedingung stelle, schon im gegenwärtigen Landtag durch ein Notgesetz die **geheime Abstimmung** für die Landtagswahl einzuführen. Aber der gesamte Freisinn ignoriert diese Forderung! Um ja nicht bei den Junkern anzustoßen, um die Waffenbrüderschaft mit der agrarischen Reaktion ja nicht zu gefährden, mag der Freisinn nicht einmal, selbst diese geringfügige und ganz selbstverständliche Forderung zu erheben!

Die **führenden Freisinnstheoretiker** in ihrer übergroßen Mehrheit wollen sich mit der **Bülow'schen Glückseligkeit** begnügen und die **Rechte des Volkes abermals verraten!** Sie wollen keinen Kampf, um es nicht mit der Regierung und den Konservativen zu verderben, damit sie die famose Blockpolitik nach wie vor mitmachen können. Die Blockpolitik, die dem Volke **unzählige Millionen für Kolonial- und Marinepolitik kostet** und bald **neue Steuern, die Wehrsteuer, die Tabak- und Biersteuer**, nach sich ziehen wird.

Da gilt es, die nichtbestehenden Elemente des Freisinn selbst zum Sturm aufzurufen gegen die verräterischen Kompromißgeister ihrer Führer!

Von unten auf ist die Lösung! Die schwankenden und widerstrebenden Führer, die nur das Interesse der **Besitzenden** ihrer Partei im Auge haben, müssen **vorwärts getrieben oder hinweggefegt werden!**

Mit Recht schrieb die „**Düsseldorfer Post**“, das Wochenblatt der **Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine Rheinland-Westfalens**:

„Leute, die wie die **alten Weiber klagen**, noch ehe der eigentliche Kampf begonnen hat, die jammern, schreien, daß das Ziel doch nicht zu erreichen wäre und man schließlich noch diesen oder jenen sogar wehe tun könnte, **solche Leute sind nicht berufen, jemals Volksmassen zu begeistern und für sich zu gewinnen.** Diese **faulen Gesellen** mögen dorthin gehen, wo sie ihrer ganzen Natur nach hingehören, zur — **Reaktion.** Für alle wahrhaft Liberalen gibt es jetzt **kein Rückwärts**, das würde ihr Tod sein. **Nicht dem Zaghaften, sondern dem Mutigen gehört die Welt.**“

Darum auf zum Kampf für das Wahlrecht!

Nicht den Zaghaften, nicht den „**klagenden alten Weibern**“, sondern den **Mutigen** gehört die Welt!

Die Verrätertattik der Zentrumsführer!

Aber viel zweifelhafter noch als der Freisinn gebärdet sich das **Zentrum.** Das Zentrum hat erst im Januar dieses Jahres im Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen eingebracht. Das Zentrum hätte also jetzt die **schönste Gelegenheit**, seine Forderung zur **Durchführung** zu bringen. Aber was tut das Zentrum? **Beteilt** es sich am Wahlrechtskampf? Führt es seine Wählermassen zum **Sturm** gegen die Reaktion?

Nein, es steht völlig gleichgültig beiseite, es rührt sich nicht! Auf dem Ende August stattgefundenen Katholikentag ist die Frage des Wahlrechts, diese brennendste Frage der Zeit, mit keiner Silbe erwähnt worden! Das ist der Eifer der **führenden Zentrumskreise**, der **Zentrumsgeistlichen**, **Zentrumsagrarien** und **Zentrumsindustriellen**, für die Durchführung des Reichstagswahlrechts.

Und dabei mag die **Zentrumspresse** noch den Freisinn wegen seiner **Zaghaftigkeit** und **Drahtbergerei** zu verspotten! Als ob es ein besseres Mittel gäbe, dem Freisinn alle Unentschlossenheit auszutreiben, ihn in den **ernstlichen Kampf** um das Wahlrecht hineinzutreiben, als eine **kräftvolle Wahlrechtsbewegung** der **Zentrums?** Dann müßte der Freisinn **vorwärts!** Dann würde er sich nicht in einem **Charme** mit Regierung und Konservativen einlassen!

Aber die **Kreise des Zentrums**, die wegen ihres **Besitzes** in dieser Partei **herrschen**, wollen ja im **Ernst** gar nicht das **Reichstagswahlrecht!** Das beweisen die **Erklärungen** der angesehensten **Zentrumsführer.** So erklärte am 28. Januar 1904 der **Zentrumsabgeordnete** **Wagem** im preussischen Abgeordnetenhaus:

„Es kann niemand daran denken, ohne weiteres das Reichstagswahlrecht an die Stelle des Dreiklassenwahlrechts zu setzen. **Das Reichstagswahlrecht kann nicht als Ideal anerkannt werden.** Es bringt **Mißstände** und **Mißbräuche** mit sich, von denen man nicht wünschen kann, daß sie in das neue preussische Wahlrecht hineinkommen.“

In ähnlichem Sinne äußerte sich am 30. Juni 1905 der einflussreiche **Zentrumsführer** **Gröber** in der württembergischen Ständekammer gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht:

„Viel besser als die Erste Kammer eignet sich die Zweite Kammer für eine **berufsständische Vertretung**, um die **Mängel des allgemeinen Wahlrechts auszugleichen.**“

Noch deutlicher sprach sich der schlesische **Zentrumsabgeordnete** **Graf Strachwitz** am 24. August 1906 in der „**Deutschen Tageszeitung**“ aus:

„Bezüglich des Reichstagswahlrechts möchte ich jedoch ganz offen aussprechen, daß **sehr viel Leute in der Zentrumsparlei mit mir der Ansicht sind**, daß an und für sich die **Eigenschaftsworte „allgemeine, gleiche“** einen **großen Mangel** an diesem Wahlrecht bezeichnen.“

Auch der **Zentrumsabgeordnete** **Graf Spee** lehnte es ab, im Januar d. J. den schon erwähnten **Zentrumsantrag** auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu unterschreiben. Darüber zur Rede gestellt, erließ er in der „**Rheinischen Volksstimme**“ folgende Erklärung:

„Man hat mir vorgeworfen, daß ich den Antrag der **Zentrumsfraktion** auf **Abänderung** des Landtagswahlrechts nicht mit unterzeichnet habe. Ich stelle fest, daß mit mir eine **Anzahl Zentrumsabgeordnete** denselben Standpunkt in dieser Frage einnehmen und den Antrag nicht mit unterzeichnet haben, wie **Graf Ballestrem, Geheimrat König, Graf Braschma, Prinz Arenberg, Albers, Becker, Decker, Euler, Ostrop, Pingen, Rintelen, Mügenberg, Strachwitz, Stromberg, Ueberberg, Waltendorf, Graf Wolf-Metternich.**“

Ich bemerke, daß ich die **Mängel** des Landtagswahlrechts unumwunden anerkenne und für eine **sachgemäße Abänderung** bin. Was ich jedoch **nicht wünsche**, ist, daß das **System** des Reichstagswahlrechts ohne weiteres auf das **Landtagswahlrecht übertragen werde.**“

Die **Arbeiter**, die **kleinen Beamten**, die **kleinen Gewerbetreibenden** des **Zentrums** sehen also, **welch warmes Herz** die **hochgeborenen Zentrumsführer** für sie haben, wie sie die **Massenentrechtung** durch ein **Klassenwahlrecht aufrechterhalten** wollen!

Wollen sich das die **entrechteten Massen** des **Zentrums** gefallen lassen? Sind sie **weniger demokratisch** als die **Hirsch-Dunckerschen Arbeiter**, die doch den „**alten Weibern**“ und **Freisinnsdiplomaten** offen **Fehde** anklagen?

Wollen sie nicht ihre **eigenen Interessen** mit Füßen treten, so müssen auch sie in ihrer **eigenen Partei** eine **Massenbewegung** erzeugen, müssen sie entweder ihre **Führer zwingen**, den **Kampf** um die **Volksrechte** aufzunehmen, oder sie müssen über sie **hinwegschreiten**, den **Entrechteten der anderen Parteien die Bruderhand reich!**

Die **Volksrechte** — die **Volksentrechtung** — ist die **Lösung.** Ein **Drittes** gibt es nicht. Wer nicht für die **Rechte des Volkes** kämpft, ist ein **Verräter an der Sache des Volkes!**

Der Sieg des Volkes ist gewiß,

wenn nur das **Volks** seine **Sache** mit **Ernst** und **Nachdruck** zu führen weiß. Das **Volks** ist — wir haben es ja oben aus den **Zahlen** der **amtlichen Statistik** nachgewiesen — die **ungeheure Mehrheit der Nation.** 30 Millionen von 37 Millionen in **Preußen** sind **Nichtbesitzende, Entrechtete.** Welche **Macht** vermöchte ihnen zu **widerstehen**, wenn sie **einig** **zusammenstehen!**

Freisinn, Zentrum und **Sozialdemokratie** bilden im **Reiche** die **übergroße Mehrheit**, sie können der **Regierung** jede **Bedingung** stellen. Die **Regierung** und die **Junker** können nicht gegen den **ausgesprochenen Willen** der **Volksmehrheit** schalten! **Die Sozialdemokratie ruft das Volks** **hiermit zum Kampf auf!** **Wollen der Freisinn und das Zentrum zurückbleiben?**

Die **Nichtbestehenden** im **Freisinn** und **Zentrum** müssen ihren **Parteien** den **Rücken** kehren, sie zur **Übernahme** am **Lauf** zwingen! Dann ist die **Wahlrechtsbewegung unüberwindlich**, der **Siegespreis** dem **Volke** **gewiß!**

Von unten auf! muß die **Lösung** sein!

Kein **Zögern**, kein **Schwanken!** Denn **keine Minute** ist zu **verlieren!** Wer **schönen Versprechungen** traut, mögen sie **kommen** woher sie wollen, wer sich auf **Abwarten** verlegt, **baut nur die Brücke zum Wahlrechtsverrat!**

Es ist die allerhöchste Zeit!

Auf zum Kampf für des Volkes heiligste Rechte!